

Man sprach deutsch auf der »Eagle Base« in Tuzla

BND-Ausschuss mühte sich um Aufhellung des Khafagy-Falls

Von René Heilig

Drei Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes waren zur gestrigen Sitzung des BND-Untersuchungsausschusses geladen. Ein vierter Zeuge aus Jordanien entschuldigte sich. Er hatte Probleme mit dem Visum – und kein Vertrauen in deutsche Gerechtigkeit.

Keine Kameras waren gestern aufgebaut und auf dem Rang des Anhörungssaales dösten nur noch wenige Journalisten. »Und dass, wo so Wichtiges verhandelt wird«, grinste ein Vertreter des Bundesinnenministeriums, der damit bekannt gab: »Wir können auch ironisch sein.« Derartige Freizügigkeit signalisiert ganz nebenbei, dass die Regierung sich auf der Siegesallee glaubt. Was die Abgeordneten (der Opposition) auch vermuten, beweisen können sie's in der Regel dennoch nicht.

Mit Blut beschmiert

So läuft es auch im Fall Khafagy. Der damals bereits über 60-jährige gebürtige Ägypter mit Wohnsitz in München war im Herbst 2001 in Sarajevo von US-amerikanischen SFOR-Soldaten überfallen und auf die »Eagle Base« nach Tuzla verschleppt worden. Ebenso ging es seinem Begleiter Jihad Ahmad Abdel Rahim Al Jamal, Khafagys

Schwager aus Jordanien, der seine für gestern angesetzte Vernehmung mangels Visum und Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat vorläufig ausschlug. Verdanken kann man ihm das nicht.

Dafür berichteten drei Mitarbeiter des BKA über die Gründe für eine von ihnen letztlich dann doch abgesagte Befragung von Khafagy im Tuzlaer US-Camp. Die beiden dafür eigens nach Bosnien-Herzegowina abgeordneten Bundespolizisten lehnten eine Befragung ab, nachdem sie die erschreckenden Zustände in den US-Foltercontainern sowie die beschlagnahmten Papiere von Khafagy, deren A 4-Seiten »bis zu einem Viertel« mit Blut beschmiert (Aussage von Kriminalhauptkommissar Thomas Port) gesehen hatten.

Dafür wurden die Beamten vom Ausschuss gelobt. Doch das war alles, was positiv von BKA, Bundeskanzleramt, BND, Bundeswehr, Bundesinnenministerium, Auswärtigem Amt und Generalbundesanwaltschaft zu berichten war. In all diesen Behörden wusste man ganz offenbar von den Foltermethoden der US-Streitkräfte, doch keiner machte Anstalten, dem Münchner Bürger Khafagy zu helfen. Die USA schoben ihn nach Ägypten ab, der Alte kam vom Regen in die Traufe. Und erst Wochen danach als gebrochener Mann frei.

Statt aus diesem Vorfall zu lernen, ordnete man in anderen Fällen (Beispiel Zammar in Syrien) solche Befragungen an, so dass manch Abgeordneter im Ausschuss davon redet, dass man bedenkenlos die Früchte der US-Folter geerntet hat.

Schon wieder so ein »Sam«

Der BKA-Beamte Port wehrte sich gestern mit der gar nicht ironisch zu nennenden Regierungshilfe, als er über den Kontakt mit den US-»Kollegen« aussagen sollte. Ja, da habe es einen sehr gut Deutsch sprechenden Zivilisten im »Camp Eagle« gegeben. Nachfragen, ob der vielleicht mit dem ominösen Berliner CIA-Mann »Sam« identisch ist, der im Entführungsfall El Masri eine Rolle gespielt hat, verliefen im Nichts.

Wären die Abgeordneten doch nur an der Spur »dran geblieben«. Vielleicht wären sie darauf gekommen, dass auch andere Insassen des Tuzlaer US-Folterknasts beschwören, sie haben dort deutsche Dialoge vernommen. Beispielsweise behaupten junge Leute in Belgrad, die als Studenten auf der »Eagle Base« eingesperrt waren, dass die, die ihnen Fingerabdrücke abgenommen haben, sich in deutscher Sprache unterhalten haben.

Kommunisten bleiben ohne Entschädigung

Bundestag lehnt Leistungen an NS-Opfer ab

Von Uwe Kalbe

Mit einem Antrag zur Entschädigung von NS-Opfern machte sich die LINKE im Bundestag am Donnerstag erneut keine Freunde. Grund: Ihre Zuwendung galt einstigen KPD-Mitgliedern und anderen Kommunisten.

»Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht« ist die dem Bundesentschädigungsgesetz zugrunde liegende Absicht des Gesetzgebers im Jahr 1956 gewesen, jedenfalls müsste man das aus dem Vorwort schließen, wo dies formuliert ist. Nachvollziehbarer Grund für die Entschädigungsleistung: Der geleistete Widerstand sei ein »Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und des Staates«. Auf den von der LINKEN angesprochenen Personenkreis trifft das Kriterium des Widerstandes in besonderer Weise zu, nicht zufällig waren Kommunisten nicht nur die erbittertesten Gegner, sondern auch die ersten Opfer der Faschisten.

Dennoch führte der im Westen mit dem Kalten Krieg um sich greifende Antikommunismus dazu, dass die Mitglieder der 1956 verbotenen KPD von Entschädigungsleistungen ausgenommen wurden und, sofern dies auf Grundlage vorhergegangener Gesetzesregelungen in den westlichen Besatzungszonen bereits geschehen war, gezahlte Leistungen zurück-

verlangt wurden. Jetzt, fast zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges, sollte die Zeit gekommen sein, auch dieses Relikt samt seiner zweifelhaften Folgen für die Betroffenen verschwinden zu lassen, meinte die LINKE und stellte den Antrag, einstige KPD-Mitglieder und andere Kommunisten nicht länger von Entschädigungen auszuschließen. Über den Antrag wurde am Donnerstag im Plenum entschieden.

Das Ergebnis war freilich absehbar. Bereits der Innenausschuss des Bundestages hatte mit klarer Mehrheit gegen die LINKEN-Stimmen und bei Enthaltung der Grünen sein Urteil über den Antrag gesprochen. Ablehnung. Nicht einmal eine Begründung war ihm die Sache wert. In Erinnerung auch an die Erste Lesung zu dem Entwurf sah sich Jan Korte, Innenexperte der Linksfraktion, in der Debatte zum scharfen Vorwurf veranlasst, dass die heute vorgebrachten Argumente denen der Kalten Krieger in den 50er Jahren zum Verwechseln ähnlich sind. Nichts habe man mehrheitlich auch hier im Bundestag dazugelehrt. Auch bei der im Antrag genannten Feststellung bleibt es: Die Verweigerung von Entschädigungen der meist längst verstorbenen Opfer ist moralisches Unrecht und juristisch nicht hinnehmbar. Der Bundestag nimmt es gelassen hin.

Nachrichten

■ SPD: Widerstand gegen höhere Diäten wächst

Berlin (AFP/ND). In der SPD-Bundestagsfraktion wächst der Widerstand gegen die von der Großen Koalition geplante zweite massive Diätenerhöhung binnen weniger Monate. Vor der ersten Lesung im Bundestag am heutigen Freitag kündigten zahlreiche Abgeordnete an, dem Vorhaben nicht zuzustimmen. »Eine weitere Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt halten wir für unangemessen«, erklärten die neun schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten am Donnerstag in Berlin. Auch mehrere brandenburgische SPD-Parlamentarier kündigten ihr Nein im Bundestag an. Die Oppositionsparteien FDP, LINKE und Grüne hatten sich schon zuvor gegen die Diätenerhöhung ausgesprochen.

■ Mehrheit für Inlandseinsätze der Bundeswehr

Berlin (dpa/ND). Die Mehrheit der Deutschen befürwortet laut einer Umfrage Einsätze der Bundeswehr im Inland. 62 Prozent der rund 1000 Befragten sprachen sich dafür aus, 35 Prozent waren dagegen. Das teilte der Fernsehsender n-tv, der die Befragung des Instituts Forsa in Auftrag gegeben hatte, mit. Besonders große Zustimmung habe der Inlandseinsatz mit 71 Prozent bei formal schlechter gebildeten Bürgern erhalten. 41 Prozent der Befragten stimmten der Studie zufolge für die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates im Kanzleramt, 49 Prozent lehnten dieses ab.

■ Stolpersteine geschändet

Hildburghausen (epd/ND). In der südthüringischen Kreisstadt Hildburghausen haben Unbekannte mehrere »Stolpersteine« zum Gedenken an jüdische Opfer des Nationalsozialismus mit Hakenkreuzen und Holocaust-Leugnungen beschmiert. Auf allen vier Steinen seien am Donnerstag neben dem Nazi-Symbol die Schmierereien »6 mio Lüge« und »Wer glaubt noch daran?« zu lesen gewesen, teilte die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie und gegen Rechts-Extremismus (Mobot) mit.

■ Spion verurteilt

Berlin (dpa/ND). Wegen Spionage für den Geheimdienst seines Landes ist ein Sudanese am Donnerstag vom Berliner Kammergericht zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte Oppositionelle und Menschenrechtsgruppen gegen monatliche Agentengelder in Höhe von rund 100 Euro ausgespäht und deren Aktivitäten gefilmt. Zu Prozessbeginn hatte der 40-jährige Spitzeldienst im Dienste des islamischen Staates eingeräumt und sich auf eine Notlage berufen. Er habe dringend Geld für die Versorgung seines erkrankten Vaters gebraucht.

ND mittendrin

16. Pfingsten mit DIE LINKE. 10. und 11. Mai 2008

Europäische Jugendherolungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

10. Mai · ab 10 Uhr ND live:

Wolfgang Behrendt im Gespräch mit ND-Sportchef Michael Müller über »Durchgeboxt – vom ersten Olympiasieger der DDR im Jahr 1956 bis in den Unruhestand«

Lieder und Texte von Manfred Maurenbrecher

Neues Deutschland
Druck von Links.

LINKE leitet Kommission im Bundestag

Von Fabian Lambeck

Die Kinderkommission des Bundestages kam am Mittwoch zu ihrer 41. Sitzung zusammen. Und da ein Wechsel des Vorsitzes anstand, war auch die Presse zu diesem Termin geladen. Für die Dauer von neun Monaten wird nun Diana Golze von der LINKEN den Vorsitz der Kommission übernehmen.

Die Kinderkommission ist kein eigenständiger Ausschuss, sondern dem für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zuständigen Ausschuss untergeordnet. Die Entschlüsse treffen seine Mitglieder einstimmig, deshalb gestalte sich die Konsensfindung manchmal schwierig, betonte Diana Golze. Die Sozialpädagogin aus dem brandenburgischen Schwedt wird das Amt für die kommenden neun Monate innehaben. Diese Frist ist dem parteipolitischen Proporz geschuldet, denn in der Kommission sitzen Abgeordnete aller fünf Fraktionen. Jeder Fraktion steht der Vorsitz einmal zu, also bleiben jeder Partei genau neun Monate, um im Untersuchungsausschuss Akzente zu setzen.

Auch die neue Vorsitzende will die ihr zustehende Zeit nutzen, um bestimmte Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Ihr Hauptaugenmerk gilt dabei der Kinderarmut. »In Deutschland leben etwa 2,5 Millionen Kinder auf Armutsniveau«, kritisierte die Linkspolitikerin. Deshalb sollen mehrere Anhörungen zum Thema durchgeführt werden. »Wir wollen klären, wie sich die Armut auswirkt und wie man ihr begegnen kann.« Unbegreiflich sei ihr, dass man Kindern von Hartz IV-Empfängern nur 60 Prozent des Regelsatzes zuerkenne. Diana Golze will auch erreichen, dass Kinderrechte noch in dieser Legislaturperiode ins Grundgesetz geschrieben werden. »Die Voraussetzungen dafür werden nie wieder so günstig sein wie mit einer Großen Koalition.«

Auch für größere Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen will sie sich stark machen. Dazu gehöre ebenfalls, so Golze, die Integration von Kinder- und Jugendparlamenten ins politische Leben voranzutreiben. Außerdem soll sich die Kommission mit den Folgen des demografischen Wandels für die Jugendarbeit auseinandersetzen.

Neues Kabinett, alte Probleme

Erfurt (dpa/ND). Nach tagelangen Debatten hat der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) am Donnerstag sein Kabinett umgebildet. Sechs von neun Ministern wurden im Erfurter Landtag in ihr neues Amt eingeführt. Kultusminister Bernhard Müller (CDU) – im Gruppenfoto links – war erst am Dienstag nominiert worden, nachdem sich der Kandidat Peter Krause zurückziehen musste. Die Kabinettsumbildung kostet laut Landesregierung bis zum voraussichtlichen Ende der Legislatur im September 2009 324 500 Euro. Davon entfielen 267 000 Euro auf Ruhegelder für die vier ausgeschiedenen Minister. Nach einer MDR-Umfrage kommt Thüringens CDU derzeit auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent. Die LINKE würde 29 Prozent erhalten, die SPD 23 Prozent, wenn am Sonntag gewählt würde.

Foto: dpa/Schmidt



Gerechtigkeit und Gleichheit – oder Freiheit

Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum luden zu einer Diskussion ins ND-Gebäude

Von Fabian Lambeck

Innerhalb der LINKEN vertreten die Kommunistische Plattform und das Forum demokratischer Sozialismus konträre Positionen. Am Mittwochaabend trafen Vertreter beider Strömungen während einer Diskussion aufeinander.

Die in Dresden erscheinende »Sächsische Zeitung« veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom Donnerstag ein Interview mit Sahra Wagenknecht. Die streitbare Vertreterin der Kommunistischen Plattform sagte dem Blatt, dass sie sich vorstellen könne, die LINKE im Bundestag zu vertreten. Dieses Statement wird wohl auch innerhalb der Partei wieder für einigen Wirbel sorgen. Schon im April sorgte ein offener Brief der »Sozialistischen Linken« für Aufsehen. Darin schlugen einige Genossen die Wahl Sahra Wagenknechts zur stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. Einer der Unterzeichner war auch Klaus Höpcke.

Der ehemalige stellvertretende Kulturminister der DDR war es auch, dem am Mittwochaabend die Leitung einer Diskussion im ND-Gebäude oblag. Eine Äußerung des

Philosophen Michael Brie gab dieser Veranstaltung das Thema vor. »Es gibt in der Partei durchaus noch Mitglieder, die bereit wären, die politische Freiheit für die Ziele Gerechtigkeit und Gleichheit einzuschränken«, hatte Brie dem »Rheinischen Merkur« gesagt. Es ging also um die grundsätzliche Frage, ob die Einschränkung von Freiheit eine legitime Möglichkeit darstellt, um die von der LINKEN postulierten Ziele – Gleichheit und Gerechtigkeit – zu erreichen.

Professor Brie, stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung, musste sich den Diskutanten Ellen Brombacher und Professor Hermann Klenner stellen. Ihm zur Seite stand, wenn man so will, Stefan Liebich. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Berliner LINKEN ist auch Sprecher des Forums demokratischer Sozialismus. Nachdem Moderator Klaus Höpcke die Podiumsteilnehmer begrüßt und vorgestellt hatte, bekamen Michael Brie und Hermann Klenner Gelegenheit, ihre konträren Positionen dem Publikum vorzustellen. Bries Ausführungen lassen sich mit dem Luxemburg-Zitat zusammenfassen, wonach Freiheitsrechte nicht

durch das Ziel, die Überwindung der Herrschaftsverhältnisse, verneint werden dürften. Der Philosoph meinte, dass die Einschränkung der Reisefreiheit in der DDR die Verneinung elementarer Grundrechte eines Staatsbürgers gewesen sei. Seine Ansichten wurden vom Publikum allerdings nur mit spärlichem Applaus honoriert. Diese Zurückhaltung war wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Anwesenden mehrheitlich der Kommunistischen Plattform nahestanden.

Auf deutlich mehr Wohlwollen stieß die 15-minütige Rede des Rechtsphilosophen Hermann Klenner. Der Jurist wollte keine Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus machen, auch mit Verweis auf staatliche Geheimdienste. Die Kommunistische Plattform wird bekanntlich in einigen Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet. Dafür nahm er zum Thema Freiheit umso eindeutiger Stellung. Klenner meinte, dass ein Zurückstellen sozialer Gleichheit hinter politische Freiheitsrechte für ihn einen Rückschritt bedeute – noch hinter die französische Revolution. Stefan Liebich nutzte die Gelegenheit und

erinnerte die Anwesenden an die heftigen Diskussionen innerhalb der damaligen SED-PDS über den Umgang mit den Opfern des Stalinismus. Der Sonderparteitag vom Dezember 1989 befürwortete Pläne, diesen Opfern ein Mahnmahl zu errichten. Michael Brie pflichtete ihm bei und forderte eine unbedingte Distanzierung vom Stalinismus.

Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform stellte die Verbrechen Stalins nicht in Abrede, wollte aber den Sozialismus nicht auf diesen reduziert wissen. Man müsse aber auch die positiven Seiten des real existierenden Sozialismus berücksichtigen, sagte sie. Danach erinnerte Stefan Liebich an die Forderung Sahra Wagenknechts, den Regierungen Lateinamerikas uneingeschränkte Solidarität entgegenzubringen. Liebich forderte hingegen, die dortigen linken Regierungen mit einer kritischen Solidarität zu begleiten.

Der Ton wurde merklich rauer, als man im Anschluss dem Publikum die Möglichkeit einräumte, den Diskutanten Fragen zu stellen. Das Wort »Geschichtsrevisionsmus« fiel, in Bezug auf Bries Äußerungen, dabei des Öfteren.